

Für den Landesparteitag der SPD Berlin am 25. Mai 2013

Antrag der ASG Berlin

Mehrmittel für Krankenhäuser müssen den Beschäftigten zu Gute kommen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die ASG Berlin / die Berliner SPD begrüßt die Initiative der Bundesländer und der Bundesregierung, den Krankenhäusern über die Krankenkassen noch im Jahr 2013 erhebliche Mehrmittel zukommen zu lassen. Seit Jahren kämpfen viele Kliniken mit einer Unterfinanzierung, die vor allem auf Kosten des Personals geht.

Die ASG Berlin / die Berliner SPD fordert die SPD- Abgeordnetenhausfraktion sowie die SPD-Senatsmitglieder dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die zur Verfügung stehenden Mehrmittel für Berlin den Beschäftigten in den Berliner Krankenhäusern zu Gute kommen. Vor allem müssen die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in den Kliniken verbessert werden.

Begründung:

Die Arbeitsverdichtung hat in den letzten Jahren in vielen Krankenhäusern zugenommen. Ein Hauptgrund: Bis zu 50.000 Vollzeitstellen im stationären Pflegebereich wurden in den letzten Jahren abgebaut. Die Ergebnisse des aktuellen Pflegebarometers zeigen Personalprobleme bspw. im Bereich der Intensivpflegerischen Behandlung.

Auch die Bundesländer tragen eine große Mitverantwortung für die Lage der Krankenhäuser, indem sie die erforderlichen Investitionsmittel nicht zur Verfügung stellen. Der Weg in eine monetaristische Krankenhausfinanzierung ist damit vorgezeichnet. In den Krankenhäusern führt dieses zu einem Wettbewerb, der nicht in erster Linie an der Qualität der Versorgung sondern an Kosten und Preisen orientiert ist. Nötig ist der Einstieg in eine Neugestaltung der Investitionskostenfinanzierung und eine bundeseinheitliche leistungsgerechte Vergütung. Im Interesse einer guten Behandlungs- und Versorgungsqualität ist es wichtig, dass sich Kliniken verstärkt einem Qualitätswettbewerb und nicht nur einem Wettbewerb der Kosten stellen. Dies geht nicht ohne gut ausgebildete, hoch motivierte und sehr gut bezahlte Fachkräfte. Das Ziel der ASG Berlin ist es daher, dass zusätzliche Mittel im stationären Bereich auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommen.